Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1864

17.6.1864 (No. 141)

Visual Library

Karlsruher Zeitung.

Freitag, 17. Juni.

Nr. 141. Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden. **1864.**

Telegramme.

☜ **Frankfurt,** 16. Juni. Man meldet der „Frkf. Post-Ztg." telegraphisch aus Wien, daß die Konferenzsitzung abermals verschoben wurde, weil die dänischen Bevollmächtigten über die Waffenstillstands- und Theilungsfrage keine weitere Vorschläge hatten.

Die heutige Bundestags-Sitzung bot nichts von besonderm politischem Interesse.

† **Berlin,** 16. Juni. Die „Provinzialkoresp." bringt einen Artikel mit der Ueberschrift „Regierung und Landtag," worin es schließlich heißt: „Wir hoffen, daß die erhebenden Eindrücke der jüngsten Zeit zu einer Milderung des traurigen Zwiespaltes der letzten Jahre helfen, und dasselbe Abgeordnetenhaus, welches früher entschieden Nein sagte, die Regierung in der Erfüllung ihrer wichtigen Aufgabe für Schleswig-Holstein, Preußen und Deutschland unterstützen werde. Sollten vollends noch kritischere Momente, als gegenwärtig eintreten, so würde die Regierung gewiß nicht die Erschöpfung der Vorräthe abwarten, um die Landesvertretung vertrauensvoll zu einer thatkräftigen, patriotischen Unterstützung aufzurufen."

London, 14. Juni. (Köln. Ztg.) Sicherm Vernehmen nach hat Frankreich den Vorschlag Lord Russell's, den Wiederausbruch des Kriegs durch gemeinsame militärische Aktion im Baltischen Meer zu verhindern, ablehnend beantwortet.

London, 15. Juni. Unterhaus. Auf eine Interpellation Griffith's erwiedert Lord Palmerston, der Konferenzbeschluß in Betreff der Verlängerung der Waffenruhe sei kein endgiltiger, und die Konferenz sei in Bezug auf eine eventuelle weitere Verlängerung ungebunden.

† **London,** 16. Juni. Die Konferenzsitzung ist auf Samstag verschoben.

† **Haag,** 15. Juni. Ueber die Wahlresultate erfährt man Folgendes: Hier ist ein Liberaler durchgefallen, in Limburg wurden zwei Liberale an Stelle Konservativer gewählt; Winschoten und Breda wählten liberal. Im Uebrigen Wiederwahl.

† **St. Petersburg,** 15. Juni. Die deutsche „Petersburg. Ztg." bringt eine offiziöse Mittheilung, dahin gehend: Die Behauptung der „Allgem. Ztg.", daß Rußland die Personalunion unter dem Großherzog von Oldenburg, die Abdankung Christian's IX., und die Entschädigung des Herzogs von Augustenburg anstrebe, sei absurd.

Paris, 16. Juni. (W. T. B.) Im „Constitutionnel" konstatirt Hr. Limayrac, daß keine der Nöthigungen, welche im Fall des Scheiterns der Londoner Konferenz England zu einer Theilnahme am Kampf veranlassen könnten, für Frankreich existire, und er freut sich darüber, weil auf diese Weise ein allgemeiner Krieg vermieden werde.

Deutschland.

Frankfurt, 15. Juni. Den „Hamb. Nachr." wird bestätigend gemeldet, daß Hrn. v. Beust's Erklärung auf der Londoner Konferenz vom 28. Mai „für die Uebergabe der Herzogthümer an den Erbprinzen Friedrich von Augustenburg, dessen Anerkennung durch den Bund gesichert sei," in der Bundestags-Sitzung vom 2. Juni die nachträgliche Genehmigung der Bundesversammlung mit 15 Stimmen gegen 1 (Luxemburgs) erhalten habe.

München, 15. Juni. (W. T.-B.) Das österreichische Kaiserpaar ist in Begleitung des Grafen v. Rechberg heute früh 6 Uhr hier eingetroffen und vom König und den Prinzen am Bahnhof begrüßt worden. Heute Abend wird die Weiterreise nach Kissingen angetreten.

Kissingen, 14. Juni. (Dresd. J.) Das russische Kaiserpaar wird heute Abend von Darmstadt hier eintreffen, der Kaiser und die Kaiserin von Oesterreich übermorgen, der König von Bayern am 18. oder 19. Juni, vielleicht auch einige Tage später.

Kassel, 14. Juni. (Fr. J.) Die Ständeversammlung beschloß heute, nach vorausgegangenem Bericht des Abg. Harnier, eine Verwahrung gegen jede dem Recht, der Ehre und dem Interesse Deutschlands zuwiderlaufende Theilung Schleswigs, und nahm dann eine Erklärung der Staatsregierung entgegen, die sich auf die Bebra-Hanauer Eisenbahn und die Abzweigung dieser Bahn nach Gemünden bezieht.

Hierauf Revision des Gesetzentwurfs, die Besetzung des Oberappellationsgerichts betreffend. Die Staatsregierung läßt hierbei vor Allem auf's neue erklären, daß das landständische Rekusationsrecht von der Art sei, daß sie den ständischer Seits beschlossenen Gesetzentwurf unmöglich annehmen könne. Der Berichterstatter Oetker II. nennt das eine sehr sprechende Illustration des vielberühmten Geistes der Versöhnlichkeit, die die Regierung sonst in Anspruch genommen. Ob man wissentlich im Verfassungsbruch verharren wolle? Wer das thue, der solle denn auch zur Rechtfertigung gezogen werden. Die Revision erfolgte dann nach den Ausschußanträgen und schließlich, trotz jener Erklärung der Staatsregierung, die Annahme des Gesetzes mit allen gegen 4 oder 5 Stimmen.

Die Versammlung schritt sodann zu weiterer Berathung des Religionsgesetz-Entwurfs. In Betreff der Ehetrennungs-Frage wurde von der Versammlung Folgendes beschlossen:

Für die streitigen Ehesachen der Katholiken, wenn beide Theile katholisch sind, ist auch das bischöfl. Domkapitel zu Fulda zuständiges Gericht, sobald der klagende Theil sich an dasselbe wendet. Diese Zuständigkeit des Domkapitels ist auf die Entscheidung über die Nichtigkeit oder Trennung der Ehe beschränkt. Ueber die rechtlichen Folgen der Entscheidungen des Domkapitels steht nur den bürgerlichen Gerichten das Erkenntniß zu.

In Betreff der konfessionellen Erziehung der Kinder wurde beschlossen:

Das im §. 3 des Gesetzes vom 29. Oktober 1848 dem Vater und bezw. der Mutter hinsichtlich des Glaubensbekenntnisses der Kinder eingeräumte Bestimmungsrecht erlischt mit dem vollendeten 14. Lebensjahre des Kindes ꝛc. Tritt nach diesem Zeitpunkt und vor vollendetem 18. Lebensjahr des Kindes der Vater, bezw. die Mutter zu einem andern religiösen Glaubensbekenntniß über, so soll es dem Kinde freistehen, mit überzutreten.

Koburg, 14. Juni. (W. T.-B.) In seiner heutigen Sitzung hat der Landtag beschlossen, die Berathung und Beschlußfassung über die Finanzpostulate und die Vorlagen der Regierung bis zur Vorlage des zugesagten neuen Preßgesetz-Entwurfs zu vertagen. In Erwiederung auf die Gegenbemerkungen des Regierungskommissärs brachte der Abg. Streit sofort einen Entwurf ein.

Dresden, 14. Juni. Das „Dresd. J." bringt folgende (bereits telegraphisch erwähnte) Erklärung:

Der in der vorigen Freitagsnummer des „Dresd. Journ." sich befindende Artikel über die Lage der schleswig-holsteinischen Angelegenheit vor der Londoner Konferenz hat der deutschen „Presse" Stoff zu vielfachen Besprechungen gegeben. Wenn dabei die Vermuthung in einigen Blättern ausgesprochen wurde, der jetzige Vertreter des Deutschen Bundes bei der Konferenz, Frhr. v. Beust, sei an jenem Aufsatz betheiligt, oder habe ihn veranlaßt, so können wir dies als völlig unbegründet erklären, wie denn auch eine derartige Betheiligung mit der jetzigen Stellung des Frhrn v. Beust nicht vereinbar sein würde.

Hannover, 14. Juni. In der schleswig-holsteinischen Angelegenheit hat die Konferenz beider Kammern sich endlich zu einem Vorschlag geeinigt, der wohl in beiden Kammern die Mehrheit erlangen wird. Derselbe lautet:

Da nach den am 6. d. M. in beiden Kammern von Mitgliedern der Regierung abgegebenen Erklärungen dieselbe nicht länger Bedenken getragen hat, sich für die Lostrennung der Herzogthümer von der dänischen Krone und für deren ungetrennte Vereinigung in einen unabhängigen, dem Deutschen Bunde einzuverleibenden Staat unter der erblichen Souveränetät des Erbprinzen von Augustenburg auszusprechen, und somit keine Veranlassung mehr vorhanden ist zu Befürchtungen, wie solche durch die Veröffentlichung des englischen sog. Blaubuchs in weitern Kreisen entstanden waren, daß die Politik der Regierung in dieser nationalen Angelegenheit nicht immer ausschließlich durch das Recht der Herzogthümer und die damit innig verbundenen Interessen Deutschlands geleitet werde, Stände vielmehr mit Zuversicht erwarten, daß die k. Regierung auf dem gewonnenen Rechtsstandpunkte mit Festigkeit beharren, und namentlich einer Theilung Schleswigs mit Energie widerstreben werde; so beschließen sie, über die in dieser Sache eingegangenen Petitionen nunmehr zur Tagesordnung überzugehen.

Von der Ersten Kammer wurde dieser Vorschlag heute angenommen, nachdem sich Graf Borries wegen des in demselben enthaltenen Protestes gegen die Theilung Schleswigs dagegen, Minister v. Hammerstein aber dafür erklärt hat. Voraussichtlich wird morgen auch in der Zweiten Kammer der Konferenzvorschlag genehmigt.

Altona, 14. Juni. Das „Gesetz- und Verordnungsblatt für Holstein und Lauenburg" veröffentlicht, wie schon erwähnt, für das Finanzjahr vom 1. Apr. 1864/65 das Budget des Herzogthums Holstein. Es ist unter den gegenwärtigen Verhältnissen von besonderm Interesse, etwas Näheres darüber zu hören. Die Einnahmen sind veranschlagt auf 9,000,750 Mk. Ct., darunter Einnahmen von den Domänen 1,076,070 Mk., aus den Landesabgaben 1,025,530 Mk., aus den Steuern 4,050,000 Mk., aus den Aktiven der Staatskasse 25,900 Mk., vom Postwesen 539,600 Mk., vom Telegraphenwesen 63,500 Mk. Die Ausgaben auf 5,960,000 Mk. Ct., worunter Appanagen 135,750 Mk., herzogl. Landesregierung 150,062 Mk. 8 Sch., Bundesausgaben 220,000 Mk., Justizwesen 152,280 Mk., geistliche und Unterrichtsangelegenheiten 287,900 Mk. 4 Sch., innere Verwaltung 1,017,554 Mk. 12 Sch., Finanzverwaltung 3,996,452 Mk. 8 Sch. Die Posten für die Zivilliste und das Kriegswesen sind natürlich ausgefallen, wodurch sich der erhebliche Ueberschuß erklärt.

Aus Schleswig-Holstein, 13. Juni. (D. Allg. Ztg.) Gestern fand in Rendsburg die dritte Versammlung der Delegirten der schleswig-holsteinischen Vereine statt. Es waren über 100 Vereine, durch mehr als 250 Deputirte vertreten. Gegenstand der Tagesordnung war die drohende Gefahr einer Theilung Schleswigs. In einer am Abend vorher stattgehabten Vorversammlung legte der Gesammtausschuß eine Ansprache an die Nordschleswiger vor, welche nach längerer Debatte mit einigen Abänderungen gutgeheißen wurde. In der gestrigen Verhandlung wurde alsdann nach längerer Debatte der nachstehende Antrag des Dr. Remmel nahezu einstimmig angenommen:

Die Delegirtenversammlung der schleswig-holsteinischen Vereine beschließt folgende Erklärung: Das ganze schleswig-holsteinische Volk hat noch jüngst in der Versammlung zu Rendsburg am 8. Mai erklärt: daß es sein ganzes volles und ungetheiltes Recht verlange. Dem Recht zum Trotz und gegenüber dem ernsten Willen der Bevölkerung tauchen immer neue Plane auf, welche von einer Theilung Schleswigs sprechen. Wie das schleswig-holsteinische Volk darin keinen Abschluß des Kampfes sehen würde, so hegen wir das feste Vertrauen zu dem deutschen Volk und den deutschen Großmächten, daß der Kampf für das gute Recht entschlossen aufgenommen und zum guten Ende geführt werde. Die Delegirtenversammlung der schleswig-holsteinischen Vereine spricht dem Ausschuß für die energische Thätigkeit, welche er dem Theilungsprojekt gegenüber entwickelt hat, ihren Dank aus und ertheilt demselben Vollmacht, alles Weitere vorzukehren, wodurch dem Projekt entgegengetreten wird. Die Delegirtenversammlung wiederholt das Verlangen der Schleswig-Holsteiner, daß die Landesvertretung Schleswig-Holsteins einberufen werde, damit ihre Stimme gehört werden könne; sie verlangt die Bildung einer schleswig-holsteinischen Armee, um für das gute Recht an der Seite Preußens und Oesterreichs fechten zu können.

Die Ansprache lautet in der Form, wie sie schließlich angenommen wurde, wie folgt:

Nordschleswig'sche Brüder! Keine Trennung, keine Theilung! Ihr habt gehört, daß Plane geschmiedet werden, ein Stück schleswig-holsteinischen Landes von uns abzureißen und in Jütland einzuverleiben. Es gilt, durch eine einmüthige entschlossene Haltung des ganzen schleswig-holsteinischen Volks diese Gefahr von uns abzuwenden. Gleichwie wir euch nicht verlassen werden, so sind wir überzeugt, daß ihr entschlossen seid, das Eurige zu thun. In der Versammlung auf Boeghoved bei Hadersleben habt ihr erklärt, daß die Theilung Schleswigs euern wichtigsten Lebensinteressen widerstreitet, daß ihr sie als das größte Unrecht und Unglück betrachtet, welches euch treffen kann, und daß ihr nie und nimmer von Schleswig getrennt und in das Königreich einverleibt werden wollt. Wir fordern euch auf und haben die Zuversicht, daß ihr mit aller Kraft und aller Orten euern Willen an den Tag legt. Nehmt die Gewißheit von uns, daß wir entschlossen sind, zusammenhalten zu wollen. Ob wir auch nicht Alle dieselbe Sprache reden, so vereint uns Alle doch die Liebe zu demselben Vaterland; und Schleswig-Holstein auf ewig ungetheilt, das ist das alte gute Recht, für das unsere Vorfahren kämpften, das wir unverletzt auf unsere Kinder vererben wollen. Wenn wir im Norden und im Süden einmüthig und ohne Menschenfurcht den Weg gehen, den Ehre und Vaterlandsliebe uns vorschreiben, dann dürfen wir vertrauen, daß man nicht gegen unsern Willen über unser ferneres Schicksal entscheiden wird; dann wird man gezwungen sein, Schleswigs Zukunft in die Hand des schleswig'schen Volks zu legen, und dann werden wir erreichen, wonach wir Alle streben: ein freies, unabhängiges Schleswig-Holstein bis zur Königsau!

Die Bundeskommissäre für die Herzogthümer Holstein und Lauenburg haben im Einverständniß mit der obersten Zivilbehörde im Herzogthum Schleswig den Professor Panum vom 1. Apr. d. J. an gerechnet von der von ihm bekleideten ordentlichen Professur der Physiologie und allgemeinen Pathologie an der Kieler Universität entlassen, nachdem derselbe in Kopenhagen eine Professur übernommen.

Berlin, 14. Juni. Die „Nordd. Allg. Ztg." schreibt:

Mit einer Beharrlichkeit, die in ehrenvolleren Dingen besser am Platz wäre, sucht ein Theil der preußenfeindlichen Presse noch immer falsche Nachrichten über die Haltung Preußens auf den letzten Konferenzsitzungen zu verbreiten. Die Annahme des vierzehntägigen Waffenstillstandes liefert hierzu einen willkommenen Stoff. Und doch wäre es sicher ein Fehler gewesen, wenn die preußischen Bevollmächtigten, nachdem sie bis zum letzten Augenblick als die einzigen mit aller Energie für den zweimonatlichen Waffenstillstand eingetreten, wegen dieser Frage von augenblicklich untergeordneter Bedeutung die Konferenz vielleicht gesprengt hätten. Erst der Möglichkeit einer derartigen Eventualität gegenüber willigte Preußen in die kurze Waffenruhe, indem es gleichzeitig zu Protokoll erklärte, daß, wenn in der bewilligten Frist keine Basis für den Frieden gefunden sein würde, der Krieg am 26. Juni mit voller Energie wieder aufgenommen werden würde. Wir hätten geglaubt, daß die hierauf bezügliche Erklärung im „Staatsanzeiger", welche wir seiner Zeit mitgetheilt, genügen würde, allen Gerüchten des Gegentheils entgegen zu treten; aber, wie gesagt, noch immer beharrt ein Theil der Presse bei jenen falschen Angaben. Dasselbe Verfahren findet auch auf die übrigen Punkte seine Anwendung. Mit aller Entschiedenheit hat Preußen bisher an der Linie Apenrade-Tondern und an dem Antrag festgehalten, daß für den Fall einer Theilung Schleswigs die Wünsche der Bevölkerung gehört werden müßten. Daß diese energische Haltung der preußischen Politik nicht ganz ohne Erfolg gewesen ist, geht aus der Nachricht hervor, daß die Ansichten der Neutralen sich bereits etwas zu Gunsten Deutschlands modifizirt haben sollen. Nach Berichten auswärtiger Blätter soll England bereits bei der Linie Husum, Frankreich bei der Linie Bred-

stedt angekommen sein. Das ist zwar nicht viel, aber doch schon immer etwas.

Berlin, 14. Juni. Man schreibt der „Köln. Ztg.“:

Auf die Erhaltung des gegenwärtigen bewaffneten Friedens nach dem 26. schienen heute selbst die Zuversichtlichen nicht mit derselben Sicherheit zu bauen, wie vor einigen Tagen. Möglich, daß die Vorkehrungen, welche man von allen Seiten für den etwaigen Wiederausbruch der Feindseligkeiten trifft, diesen Eindruck hervorgerufen haben. Die Verstärkung der preußischen maritimen Kräfte namentlich macht Aufsehen. Was andererseits die Verhandlungen angeht, so scheint aus einer Bemerkung der „Nordd. Allg. Ztg.“ von heute Abend hervorzugehen, daß Preußen bei der Linie Apenrade-Tondern noch immer beharrt.

Dazu bemerkt die „Köln. Ztg.“:

Die Linie Apenrade-Tondern hat natürlich nicht die entfernteste Aussicht, von den Konferenzmächten angenommen zu werden. Dänemark wird bei der Schley-Linie beharren, während Frankreich nicht abgeneigt sein soll, etwas weiter nördlich zu gehen, und England neuesterdings eine Linie von Bredstedt an die Gelting-Bucht vorgeschlagen hat, wo 1848 die dänische Demarkationslinie mündete. In England neigt man sich dazu, die Entscheidung einem Schiedsrichter zu überlassen. Nun, wir auch; wir meinen aber, daß es gar keinen bessern Schiedsrichter gibt, als die eigene Landesbevölkerung.

Berlin, 15. Juni. Der Prinz Friedrich Karl traf gestern Abend von Jagdschloß Glienicke hier ein und reiste mit dem Hamburger Schnellzug nach Schleswig ab. — Zum Hochverrathsprozeß wider die Polen meldet die „Pos. Ztg.“ aus Posen Folgendes: Auf Requisition des Staatsgerichtshofs wird gegenwärtig in allen Fällen, in welchen die Anklage wegen Hochverraths erhoben worden ist, das Vermögen der Angeklagten mit Beschlag belegt; in der hiesigen Stadt allein sind bis jetzt schon 14 solcher Beschlagnahmen veranlaßt worden. . . . Von den mannigfachen Auslegungen, welche die bezügliche Vorschrift des Strafgesetzbuchs gestattet, haben sich die bez. Gerichte für diejenige entschieden, sie als eine Antizipation der Vormundschafts-Einleitung zu betrachten. — Die Resultate, welche bei dem gestern auf dem Artillerieschießplatz stattgefundenen Probeschießen mit gestählten Kugeln auf eine Panzerschiffswand erzielt wurden, sollen (nach der „Nat.-Ztg.“) sehr befriedigend ausgefallen sein. Auf die Entfernung von 1/8 Meile soll der 4½zöllige Panzer von den Geschossen durchbohrt worden sein, ohne jedoch durch die hinter demselben befindliche Holzwand ganz durchzudringen.

Danzig, 13. Juni. Heute sind die Korvetten „Vineta“, „Arcona“ und „Nymphe“ auf hiesiger Rhede eingetroffen, letztere um sich aus den hiesigen Vorräthen zu kompletiren.

Oesterreichische Monarchie.

Lemberg, 14. Juni. (Wien. Bl.) Nach dreitägiger geheimer Schlußverhandlung wurde in dem Prozesse gegen Xaver d'Abaucourt, Redakteur, und Heinrich Newakowicz, Mitarbeiter des ehemaligen hiesigen polnischen Blattes „Dzennik Polski“, das Urtheil verkündigt. Ersterer wurde wegen des Verbrechens der Störung der öffentlichen Ruhe und des Vergehens der Aufwiegelung zu 2jährigem schwerem Kerker, dem Verluste des Adels und 2000 fl. Kautionsverlust, Letzterer wegen des Vergehens nach §. 305 zu dreimonatlichem strengem Arrest verurtheilt.

Frankreich.

♁ **Paris,** 15. Juni. Das englische Kanalgeschwader hat gestern Morgens Plymouth verlassen, um nach Spithead zu gehen. „Diese neue Demonstration“ — sagt die „Presse“ — „ist ungenügend, wenn es sich um eine einfache Promenade in die Nordsee handelt — sie sagt zu viel, wenn sie zu einem Bruch zwischen Deutschland und England führen soll.“ — Wie der „Abend-Moniteur“ aus Tunis 8. meldet, hätte der Bey, welcher an der Spitze der Insurrektion steht und dessen Name Ali-Ben-Rdam ist, einen Feld-Bey ernannt, offizieller Titel des präsumtiven Thronfolgers in der Regentschaft Tunis. Dieser Feld-Bey ist, von 5000 Reitern begleitet, zu Testour, 24 Marschstunden von Tunis, angelangt. Der Caid Nessim, Groß-Staatsschatzkanzler, einer der Hauptmitglieder der Administration des Khaznadar, ist nach Europa abgereist. (Wahrscheinlich handelt es sich um eine abermalige Anleihe.) — Die zu Presieka vereinigt gewesene Kommission wegen Feststellung der Grenzen zwischen der Türkei und Montenegro hat ihre Arbeiten eingestellt, die bis dahin zu keiner Verständigung führen konnten.

Nach den letzten Depeschen wurden der Kaiser und die Kaiserin von Mexiko am 5. Juni in Vera-Cruz erwartet. — Der „Abend-Moniteur“ spricht die Hoffnung aus, daß der Konflikt zwischen Peru und Spanien beigelegt werde und zu einer Anerkennung der Unabhängigkeit der peruvianischen Republik von Seiten des Madrider Kabinets führe. „Bekanntlich — fügt das offizielle Blatt bei — konnte seit der Emanzipation dieser ehemaligen spanischen Kolonie diese Anerkennung nicht erlangt werden.“ — In Algier will man ganz und gar zum alten System zurückkehren; sämmtliche Araber sollen unter die Jurisdiktion der sog. arabischen Bureaus gestellt werden. — In Fontainebleau restaurirt man in diesem Augenblick die historische Hirschengallerie, wo Monaldeschi, der Günstling der Königin Christine von Schweden, ermordet wurde. — Die englische Bank hat der span. Bank. 2 Millionen zum Zins von 8 Proz. vorgeschossen. — Börse sehr flau. Rente 66.85, Mob. 1075, ital. Anl. 69.80.

Belgien.

Brüssel, 14. Juni. (Köln. Ztg.) Der König, der sich trefflichster Gesundheit erfreut, ist heute nach seiner Domäne Postel in der Campine abgereist, und der Graf v. Flandern hat eine längere Reise nach Südfrankreich und Italien angetreten. — Man erwartet hier den Besuch des Erzherzogs Stephan, welcher mit der Prinzessin Clotilde von Koburg das jüngste Töchterlein des Herzogs von Brabant über die Taufe halten wird. — Die Diskussion über die Ministerkrisis ist heute in die dritte Woche getreten, und scheint noch nicht zu Ende zu gehen. Zuletzt sprach Hr. de Naeyer, ein allgemein verehrtes, durch seltene Offenheit sich auszeichnendes Mitglied der klerikalen Partei, welcher von Hrn. Dechamps zum Finanzminister ausersehen war. Hr. Frère ergriff zur Erwiederung nach ihm das Wort und wird seine, durch den Schluß der Sitzung unterbrochene Rede morgen fortsetzen. Für die Beendigung der langwierigen Debatte beabsichtigt, wie ich vernehme, Hr. Dolez eine motivirte Tagesordnung einzubringen, deren Wortlaut ein Vertrauensvotum für das Kabinet enthalten wird. Es scheint noch nicht ausgemacht, ob die Klerikalen dem gegenüber gleichfalls einen Antrag auf Tagesordnung formuliren, oder aber sich begnügen werden, gegen die Dolez'sche Proposition zu stimmen.

Dänemark.

Kopenhagen, 13. Juni. (Nat.-Ztg.) Die „Berl. Tid.“ ereifert sich heute auf's höchste gegen die angebliche Absicht Preußens, in Schleswig eine Aushebung vorzunehmen, und sieht darin eine schlagende Verletzung der Bedingungen des Waffenstillstandes. Es scheint dem Regierungsblatt dabei lediglich um Alarmirungen zu thun zu sein, für welche die hohlsten Gründe aufgegriffen werden; denn Preußen hat bisher nicht die geringste Anstalt zu einer solchen Rekrutirung getroffen. — Es ist bekannt, daß die beiden ältern v. Plessen aus Holstein seit Jahren bedeutendere diplomatische Stellungen im Ausland einnehmen. Graf Wulff Scheel-Plessen ist Gesandter in Stockholm, Baron Otto v. Plessen in St. Petersburg. Der Letztere wird binnen kurzem hier erwartet, um, wie es heißt, über die Anschauungen des St. Petersburger Kabinets Auskunft zu ertheilen und dem Bischof Monrad als diplomatischer Rathgeber zu dienen. „Dagbladet“ fabelt von der Ueberbringung „russischer Propositionen hinsichtlich des dänischen Gesammtstaats.“ — Die Staatskasse hat im verflossenen April durch die im Februar eingeführte Kriegssteuer auf Waareneinfuhr und Branntweinfabrikation eine Einnahme von bezw. 28,688 und 47,060 Thlrn. erzielt. — Die Platzkommandantschaft in Middelfart auf Fühnen zeigt an, daß der österreichische Kommandant von Fridericia, Oberst Auersperg, die Erlaubniß zur unbehinderten Rückkehr der geflüchteten Einwohner dieser Festung ertheilt hat. — Die Blattern treten hier epidemisch auf und haben bereits zahlreiche Opfer gefordert.

— Aus Norresundby in Jütland (am Limfjord, gegenüber von Aalborg) wird unterm 9. d. gemeldet, daß Aalborg selbigen Tages Nachmittags 2 Uhr von den Preußen geräumt wurde, die darauf in südlicher Richtung abmarschirten. Auf allen Häusern Aalborgs wehte der Dannebrog. (Die Räumung dieser nördlichsten Stadt unter den preußischer Seits besetzten jütischen Ortschaften — sagt die „N. Preuß. Ztg.“ — hatte wohl ihren Grund in einer Konzentrirung der preußischen Streitkräfte, welche durch die Ungewißheit über das etwaige Aufhören der Waffenruhe veranlaßt wurde.)

Rußland und Polen.

St. Petersburg, 11. Juni. In einem Artikel: „Die russische Politik in der schleswig-holsteinischen Frage“, tritt die heutige deutsche „St. Petersb. Ztg.“ den von der ausländischen Presse gegen die russische Politik ausgesprochenen Verdächtigungen mit der folgenden Mittheilung entgegen;

Rußland hat allen seinen Ansprüchen auf Theile von Holstein zu Gunsten des Großherzogs von Oldenburg entsagt; es hat entsagt zu Gunsten eines deutschen Fürsten, und so die Frage der Erbberechtigung zu einer rein deutschen gemacht. Es wird doch wohl Niemand so thöricht sein, zu behaupten, das deutsche Interesse der Frage beruhe allein in der Person des Herzogs Friedrich von Augustenburg? Jetzt mag nun der Deutsche Bund über das Gewicht der verschiedenen Erbansprüche entscheiden, die Sache ist eine innere Frage des deutschen Bundesrechts geworden; und daß es dahin gekommen, ist das Werk der Uneigennützigkeit Rußlands. Wo, fragen wir, ist da eine Politik, die feindselig gegen Deutschland auftritt?

Warschau, 7. Juni. (W. Z.) Besonders wichtige Dienste haben die Bauern der russischen Regierung bei Entdeckung der geheimen Poststationen geleistet, durch welche der Verkehr der revolutionären Behörden miteinander und mit den Insurgentenführern vermittelt wurde. Ihrer aufmerksamen Beobachtung konnte die Bestimmung der regelmäßig ankommenden und abgehenden reitenden Boten auf die Dauer kein Geheimniß bleiben, und so sind durch ihre Mitwirkung bis jetzt in 26 Kreisen 942 geheime Poststationen entdeckt und aufgehoben worden. Um die Wiederherstellung derartiger Kurierposten möglichst zu erschweren, sind auf den Gütern und in den Fabriken sämmtliche Pferde aufgezeichnet, und ihr Gebrauch wird täglich kontrolirt. Auch in den Grenzkreisen der Provinzen Posen und Preußen bestanden solche regelmäßig organisirte geheime Kurierposten, die ebenfalls bereits eingegangen sind.

Neueste Levantepost.

* **Marseille,** 15. Juni. Die Briefe aus Konstantinopel vom 8. bestätigen, daß sich die Pforte sehr befriedigt zeigt über das Beispiel achtungsvoller Rücksicht, das Fürst Kusa, bevor er das Plebiszit genehmigt, gegeben. Der Fürst ist ausgezeichnet empfangen worden und hat einen vollständigen Erfolg erlangt. Er wurde nach Konstantinopel von einem Minister und mehreren Bojaren und Adjutanten begleitet. Wie man versichert, will er einen Ritterorden „zum rumänischen Stern“ gründen.

Großvezir Fuad-Pascha hat bereits sein Amt wieder übernommen. Die Donaufürstenthümer-Konferenz wird sofort ihre Sitzungen eröffnen, wann Oesterreich, Preußen und Italien ihre Kommissäre zur Prüfung der Eigenthumsrechte der unirten Klöster ernannt haben werden.

Großbritannien.

* **London,** 14. Juni. Parlamentsverhandlungen am 13. Juni.

Im Unterhause sagt Osborne: Ich erlaube mir an den edlen L. Premier eine Frage zu richten. Es ist diese: Hat man seine Aufmerksamkeit auf einen Artikel gelenkt, der offenbar von einer Autorität dem in auswärtigen Fragen am besten unterrichteten Blatt, ich meine der „Morn. Post“ (Heiterkeit), mitgetheilt worden ist und die von den dänischen Bevollmächtigten in der letzten Konferenzsitzung abgegebene Erklärung enthält; ist die Mittheilung ächt; und ist der edle Lord bereit, sie vorzulegen? Lord Palmerston: Ich muß mich damit entschuldigen, daß ich sie nicht kenne. (Osborne: Die „Morn. Post“ nicht? — Gelächter.) Lord Palmerston: Daß ich die Mittheilung nicht kenne, weil ich die „Morn. Post“ heute nicht gelesen habe. Osborne: Dann werde ich die Frage morgen wiederholen. Kinglake fragt, ob der edle Lord die Angabe (der Zeitungen) bestätigen wolle, daß die Kriegführenden dem französischen Gesandten die Aufgabe übertragen hätten, die Theilungslinie in Schleswig zu ziehen? Lord Palmerston: Ich habe nichts davon gehört und bin nicht geneigt, der Angabe Glauben zu schenken. (Gelächter.) Smollett stellt einen Antrag, der von andern Mitgliedern vor ihm seit einer Reihe von Jahren häufig und immer vergeblich vor das Haus gebracht worden ist: den Antrag nämlich, einen Sonderausschuß zur Untersuchung der Ansprüche Sr. Hoheit Azim Jah's auf den Titel und die Würde eines Nawas des Carnatic (in Ostindien) einzusetzen; und daß besagter Ausschuß darüber berichten solle, unter welchen Umständen über vom Vater Sr. Hoh., Azim del Dowlah, mit der Ostindischen Kompagnie am 31. Juli 1801 geschlossene Vertrag null und nichtig erklärt worden ist. Die Ehre Englands erheische, daß das Parlament die Untersuchung nicht verweigere. Baillie sekundirt. Grenfell macht dagegen geltend, daß, nach der Meinung der angesehensten brittischen Staatsmänner, dem Azim Jah keine Unbill zugefügt worden sei, und zweitens, daß ihm keine Abhilfe gewährt werden könnte, ohne Andern eine Unbill zuzufügen. Sir J. Fergusson sagt, der Sonderausschuß würde keine neuen Data mehr ermitteln können. Das Haus solle doch eine seit 60 Jahren abgethane Sache lieber schlafen lassen. Baillie wendet ein, daß der Vertrag von 1801 zwei wichtige Punkte einräume: erstens, daß der Nawas der rechtmäßige Souverän des Carnatic sei, und zweitens, daß die Ostindische Kompagnie das Recht, das Carnatic zu regieren, nicht durch Eroberung, sondern durch Vertrag erlangt habe. Wenn der Vertrag erloschen sei, worauf gründe sich dann Englands Recht, das Carnatic zu besitzen? Lowe will nicht behaupten, daß man auf den ganzen Handel stolz zu sein brauche; doch lasse sich geltend machen, daß die Kompagnie, als sie den Vertrag schloß, keine Absicht gehabt habe, den Nachkommen des Kontrahenten Rechte zu gewähren. Sie habe sich vorbehalten, nach eigenem Ermessen zu handeln. Zweien der Nachkommen habe sie dieselbe Pension, wie dem Kontrahenten ausbezahlt; dem dritten Abkömmling habe sie die Pension entzogen. Der Antrag wird sodann mit 62 gegen 45 Stimmen verworfen. Hennessy ist erstaunt, daß man zur Abstimmung geschritten sei, ohne daß der Sekretär für Indien sich erklärt habe. Malins tadelt ebenfalls die Gleichgiltigkeit, mit der Sir C. Wood (der Sekretär für Indien) die Sache behandelt, und die Freude, womit er das Ergebniß der Abstimmung aufgenommen habe. Lord Palmerston sagt, die Freude rühre daher, daß Sir Fitzroy Kelly, der von der Sache ganz voll und die Motion zu unterstützen bereit war, durch die Gründe der Regierungsfreunde mundtodt gemacht worden sei. Hierauf antwortet Sir Fitzroy Kelly, er habe sich in der That durch die Strategie der Regierung überlisten lassen, zeige aber an, daß er, um die Ehre des Hauses zu retten, bei ehester Gelegenheit die Frage von neuem vorbringen werde. — Im Subsidienkomitee beantragt Cardwell eine Resolution, welche der Regierung die Ermächtigung gibt, ein neuseeländisches Anlehen von 1,000,000 Pf. Strl., welches 4 Proz. Interessen tragen und einen Tilgungsfond von 2 Proz. haben wird, zu garantiren. Die Regierung habe dafür reichliche Sicherheit, da der Ueberschuß der Einnahmen von Neuseeland über 250,000 Pfd. Strl. jährlich betrage. Nach einigem Widerspruch von Sir H. Willoughby wird die Resolution genehmigt. — Der Antrag auf die dritte Lesung der Steuereinsammlungs-Bill (einer Regierungsmaßregel) wird bekämpft und mit 58 gegen 30 Stimmen verworfen.

* **London,** 14. Juni. Der bereits telegraphisch erwähnte Artikel der heutigen „Times“, der einen angeblichen Vorschlag des Hrn. v. Beust über die Theilung Schleswigs bespricht, lautet im Wesentlichen:

Unsere Regierung ist, wie wir glauben, gewillt, daß der Streit, in Ermanglung eines bessern Schlichtungsmittels, einer schiedsrichterlichen Entscheidung anheimgestellt werde; und wenn eine zuverlässige Regierung sich das Vertrauen beider kriegführenden Theile verschaffen könnte, so würde ihr England ohne Zweifel gern die Frage überlassen und für sein Theil dem Spruch des Schiedsrichters Gehorsam leisten. Aber um auch nur die Sache für die schiedsrichterliche Behandlung geeignet zu machen und dem Richter die Data zu geben, nach denen er urtheilen soll, erfordert einige sorgfältige Mühe. Man kann unmöglich die Wünsche der Bevölkerung unberücksichtigt lassen; unmöglich die gerechten Ansprüche der dänischen Regierung und die europäischen Interessen, welche die Aufrechthaltung eines respektabeln Königreichs Dänemark verlangen, ganz ignoriren. Man wird sagen, daß eine Art von allgemeiner Abstimmung, wie die vom Kaiser der Franzosen empfohlene, ein passendes Mittel wäre, die Volksgesinnung in den betreffenden Bezirken zu erproben und die beste Ausgleichung für die Zukunft zu finden. Dieser Gedanke scheint beim Bundestag großen Anklang gefunden zu haben und ist, wie wir glauben, von Baron Brust, dem gewandten Vertreter des Bundes, in einem förmlichen Plan, den er der Konferenz vorgelegt hat, verkörpert worden. Das Projekt lautet, wie folgt: Baron Beust schlägt vor, das Herzogthum Schleswig durch von Osten nach Westen laufende Linien in schmale, etwa vier oder fünf Meilen breite Gürtel zu theilen. Er will sodann mit der nördlichsten Zone beginnen und dieselbe abstimmen lassen; dann zur nächsten u. s. w. gehen, bis er zu einer Zone käme, in welcher eine Mehrheit der Stimmen für die Trennung von Dänemark wäre. Diese letzte Zone und alle südlich von derselben gelegenen würde er von Dänemark abtrennen und mit Holstein vereinigen, ohne sich um die Meinung der andern Landessektionen zu kümmern. Was gegen diesen Vorschlag einzuwenden ist, zeigt sich nach kurzer Ueberlegung. Die Deutschen und die Dänen hausen in Nordschleswig stark durch einander gemischt, und es ist sehr wohl möglich, daß sich in einer äußerst nördlichsten Zone eine Majorität von Deutschen findet, während in einem südlicher gelegenen Landstrich die Dänen vorwiegen. Aber nach dem System des Hrn. v. Beust hätte der dänische Strich die Scheidung von Dänemark anzunehmen, weil nördlich von ihm eine deutsche Majorität zu finden ist. Es leuchtet ein, daß ein solcher Plan immer zum Vortheil desjenigen Theiles ausschlagen muß, in dessen Macht es steht, an der Grenze seines Gegners zu beginnen. Würde der umgekehrte Vorschlag angenommen, so daß das Abstimmen in der Zone an der Südgrenze zu beginnen hätte, so wäre er eben so sehr

ein Vortheil für die Dänen, wie er es jetzt für ihre Gegner wäre. (?) Wir brauchen kaum zu sagen, daß die brittische Regierung nicht Willens ist, einen solchen Vorschlag anzunehmen. Wir haben ein Recht, uns auf den Boden der bereits gemachten Zugeständnisse zu stellen.

Die deutschen Großmächte haben sich gewillt erklärt, eine gewisse Linie anzunehmen, und es ist kein Grund vorhanden, sich um das nördlich von derselben gelegene Land zu kümmern. In derselben Weise haben wir nichts dagegen, daß das Land südlich von der Schlei deutsch bleibe, und verlangen nicht, daß in diesen Bezirken abgestimmt werde. Selbst wenn man auf die Prinzipien des Hrn. v. Beust eingeht, so ist weiter nichts nöthig, als die Meinung des Gebiets zwischen den zwei Linien zu ermitteln. Doch ist gegen ein solches Abstimmungssystem, gleichviel ob das Stimmrecht beschränkt oder allgemein sei, ein großer Einwurf zu erheben. Man muß sich erinnern, daß die Deutschen das Land seit mehreren Monaten inne haben, daß sie alle (?) Beamten des Königs von Dänemark abgesetzt, daß sie jenen Theil der Bevölkerung, der nicht für die Invasion war, terrorisirt (?) und folglich, daß sie einen redlichen und wohl überlegten Meinungsausdruck unmöglich gemacht haben. Selbst, wenn die deutschen Truppen abzögen, würde der Stimmende wissen, daß sie jeden Augenblick zurückkehren und ihm frische Beleidigungen und Unbilden anthun können. Aus diesen Gründen, denken wir, darf Hr. v. Beust sich nicht wundern, wenn sein Vorschlag sowohl von Dänemark, wie von den neutralen Mächten verworfen wird.

Badischer Landtag.

†† Karlsruhe, 16. Juni. 61. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer, unter dem Vorsitz des Präsidenten Hildebrandt.

Von Seiten der Regierung anwesend: Der Präsident des Ministeriums des Innern, Staatsrath Dr. Lamey; Geh. Referendär Cron.

Nach Eröffnung der Sitzung werden folgende Petitionen angezeigt:

1) Bitte der Gemeinde Tauberbischofsheim, die Staatsverträge über den Eisenbahnbau betreffend; übergeben vom Abg. Mathy.

2) Bitte der evang. Volksschullehrer von Karlsruhe, die Verlegung des evang. Schullehrer-Seminars betreffend.

Abg. Buhl zeigt den druckfertigen Bericht über das Eisenbahnbau-Budget an.

Die Tagesordnung führt zur Fortsetzung des vom Abg. Gerwig erstatteten Berichts über das außerordentliche Budget.

Ministerium des Innern. Tit. XI. Unterrichtswesen.

§. 7. Die zur Vervollständigung der Schränke für die zoologischen Sammlungen der Universität Heidelberg geforderten 2200 fl. werden ohne Diskussion bewilligt.

§. 8. Neubau einer Entbindungsanstalt in Freiburg. Der Kommissionsantrag geht auf Bewilligung der geforderten 75,000 fl. Die Kommission beantragt dabei weiter die bestimmte Erwartung auszusprechen, großh. Regierung werde das fragliche Bauwesen nicht früher in Vollzug setzen, als bis sie sich versichert habe, daß mit der Gesammtsumme von 88,400 fl. Staatszuschuß vollkommen ausgereicht werde.

Abg. Knies stellt den Antrag, diesen Zusatz zu streichen, womit sich nach längerer Diskussion über die Bedeutung des Zusatzes die Budgetkommission einverstanden erklärt; die Forderung selbst wird bewilligt.

§. 9. Neubau eines Lyceums zu Freiburg. Die geforderte Summe von 23,000 fl. ist der aufrecht zu erhaltende Rest einer Bewilligung des letzten Budgets, und wird ohne Diskussion genehmigt.

§. 10. Neubau eines Gymnasiums zu Tauberbischofsheim. Die Kommission beantragt die Bewilligung der geforderten 32,000 fl. in der Erwartung, daß man sich nach der nun bestimmten Summe richten werde. Nach einigen kurzen Bemerkungen bewilligt.

§. 11. Verlegung des evangelischen Schullehrer-Seminars aus Karlsruhe. Die vorläufig geforderten 40,000 fl. werden zur Bewilligung beantragt. Die Ausführungen des Kommissionsberichts zu dieser Forderung finden unsere Leser in der Beilage dieses Blattes.

Zu den beiden Petitionen um Belassung des Seminars kommt noch in gleicher Richtung die heute übergebene, über welche, wie über die andern, Uebergang zur Tagesordnung beantragt wird.

Abg. Paravicini empfiehlt seine Vaterstadt Bretten als den geeignetsten Ort für die Verlegung des Seminars.

Abg. Wahrer befürwortet Durlach nicht sowohl als Vertreter Durlachs, sondern weil diese Stadt sich wirklich durch die Nähe Karlsruhe's ganz besonders empfehle und auch schon 10,000 fl. Zuschuß angeboten habe.

Abg. Lamey (Pforzheim) findet keinen Grund für die Verlegung, aber auch keinen dagegen, hält es vielmehr für ganz einerlei, wo das Seminar sich befinde, da nach der Einrichtung desselben das Leben in jedem Orte sich gleich bleibe. Er billige daher die Ansicht der Kommission, diese Frage als eine offene zu erklären und die Regierung nicht drängen zu wollen.

Abg. Busch spricht sich gegen die Verlegung aus und beantragt, die geforderte Summe nicht zu bewilligen.

Abg. Frick bemerkt, daß alle Gründe, die man gegen Karlsruhe geltend gemacht, auch gegen Durlach sprechen.

Er stimme für die Verwilligung, weil unter allen Umständen diese Summe zu Bauveränderungen nöthig sei, ob nun das Seminar verlegt werde oder nicht.

Abg. Fingado empfiehlt die Stadt Lahr, die auch besondere Anerbietungen gemacht habe.

Abg. Moll hat Bedenken, ob eine Verlegung in dem jetzigen Zeitpunkte, wo überhaupt eine Reorganisation des Volksschulwesens bevorstehe, gerechtfertigt sei, und beantragt, daß mit der Bewilligung dieser Summe die Kammer sich zugleich gegen die Verlegung ausspreche, eventuell die Frage der Regierung zu ernster Erwägung empfehle. Redner spricht sich schließlich entschieden gegen konfessionell getrennte Seminarien aus.

Abg. v. Feder: Wenn man die Verlegung nicht wolle, müsse man eben die Forderung nicht bewilligen, und er selbst schließe sich dem Antrag des Abg. Busch an. Redner erklärt sich dann gegen das bisherige klösterliche Erziehungssystem in den Schullehrer-Seminarien.

Abg. Muth hält die Verlegung des Seminars in eine Landstadt für zweckmäßig, namentlich auch des Kostenpunktes wegen, der sich in der Stadt bedeutend erhöhe. Schließlich empfiehlt Redner Sinsheim als den geeigneten Ort für die Verlegung, die er schon befürwortet habe, ehe er Abgeordneter dieses Kreises gewesen.

Abg. v. Stockhorn unterstützt den Antrag des Abg. Busch. Bei einem 100,000 fl. übersteigenden Aufwand müsse man doch nach der Nothwendigkeit der Verlegung fragen; da aber diese nicht vorhanden falle auch der Grund der Ausgabe hinweg.

Abg. Seiz theilt die Ansicht des Abg. Muth, daß die Verlegung an einen Landort zweckmäßig sei. Wenn man den Standpunkt klösterlicher Abgeschlossenheit des Seminars einnehme, so sei es allerdings einerlei, wo sich das Seminar befinde; aber gerade dieser klösterliche Zwang sei nicht zu billigen, es sei zu wünschen, daß man den Seminaristen etwas freiere Bewegung gestatte; dies könne aber ohne Nachtheil gewiß eher auf dem Lande als hier in der Stadt geschehen. Redner stimmt schließlich dem Kommissionsantrag bei.

Der Präsident des Ministeriums des Innern, Staatsrath Lamey: Die Kosten des Baues werden gleich bleiben, ob das Seminar hier bleibt oder nicht; denn wenn das Seminargebäude in Karlsruhe nicht für eine Staatsstelle disponibel wird, so wird eben für letztere ein neuer Bau hier errichtet werden müssen, der eben so theuer, ja theurer kommen wird.

Redner bespricht nun die für und gegen die Verlegung geltend gemachten Gründe und gelangt zu dem Ergebniß, daß die Gründe, welche für Verlegung solcher Seminarien, deren Zweck eine gewisse ruhige Abgeschlossenheit bedinge, in Landorte sprechen, die überwiegenden seien.

Auch komme in Betracht, daß auf dem Lande die Seminarien viel billiger zu halten sind und kein Grund für den Staat vorliegt, für einen illusorischen Gewinn an Stadtbildung bedeutende Mehrausgaben zu machen.

Die Einführung gemischter Seminare betreffend, so stehe diese wohl noch nicht so bald in Aussicht.

Die Abgg. Frick und Moll machen noch kurze Bemerkungen.

Abg. Knies: Es handle sich nicht um den Gegensatz von Stadt und Land, sondern um den zwischen der Residenzstadt und anderen Städten des Landes. Das sei aber gar nicht zu verkennen, daß zu der Aufgabe der Seminarien, die hauptsächlich eine geistige Sammlung erheischen, eine Landstadt besser sich eigne, als die Residenz mit ihren Zerstreuungen.

Nachdem der Berichterstatter Gerwig den Kommissionsantrag nochmals vertheidigt hat, wird derselbe, mit Ablehnung der entgegenstehenden Anträge, angenommen und die Fortsetzung der Berathung auf morgen verschoben.

Schluß der Sitzung 1/2 2 Uhr.

†† Karlsruhe, 16. Juni. 62. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Tagesordnung auf Freitag den 17. Juni, Vormittags 9 Uhr. 1) Anzeige neuer Eingaben. 2) Fortsetzung der Berathung des Berichts der Budgetkommission über das außerordentliche Budget des Staats-, Justiz-, Finanz-, Kriegsministeriums und des Ministeriums des Innern; erstattet von dem Abg. Gerwig.

Baden.

√ Karlsruhe, 16. Juni. Heute hat sich der landwirthsch. Centralausschuß unter dem Vorsitz des ersten Präsidenten des landwirthsch. Vereins, Hrn. Staatsrath und Präsidenten des Finanzministeriums, Dr. Vogelmann, hier versammelt, um die nöthigen Beschlüsse bezüglich der Neubildung des Vereins zu fassen. Man schritt zunächst zur Wahl des zweiten Präsidenten des Vereins, welche einstimmig auf den Frhrn. v. Steinberg fiel. Sodann wurden dem ersten Präsidenten mehrere Landwirthe vorgeschlagen, unter welchen er nach den Bestimmungen der Statuten einen als Generalsekretär zu wählen hat. Die Vorgeschlagenen waren: Inspektor Föhlisch von Bronnbach, Kabinetsrath Gutmann von Donaueschingen, Vorstand Jäger von der Hochburg, Regierungsrath Rau, und Vorstand des landwirthsch. Gartens v. Langsdorff. Außerdem wurden Berathungen über die Budgetverhältnisse des Vereins, über die Einrichtung und größere Verbreitung des landwirthsch. Wochenblatts, sowie über das Zusammenwirken der Bezirks- und Gauvereine u. s. w. gepflogen.

Vermischte Nachrichten.

— Frankfurt, 14. Juni. Aus der geschäftsleitenden Kommission des schleswig-holsteinischen Zentralausschusses erhält die „Autogr. Korresp." nachstehende Mittheilung:

„Es ist in der jüngsten Zeit die Nachricht verbreitet worden, der preußische Ministerpräsident habe an den Herzog Friedrich von Schleswig-Holstein das Ansinnen gestellt, gegenüber der preußischen Staatsgewalt eventuelle Verpflichtungen einzugehen, welche die politische Selbständigkeit der Herzogthümer zu Gunsten des preußischen Einflusses beschränken würden, der Herzog aber habe das Ansinnen abgelehnt. An diese Angaben, deren Richtigkeit bis jetzt nur in den allgemeinsten Umrissen feststeht, hat sich eine leidenschaftliche Polemik in öffentlichen Blättern geknüpft, der naheliegende Zusammenhang jener angeblichen oder wirklichen Zumuthungen mit der Frage der Bundesreform macht sich geltend und verbittert den Streit.

Wir wissen Alle, welchen Einfluß die Macht der öffentlichen Meinung auf den bisherigen Verlauf der schleswig-holsteinischen Sache geübt hat. Die Bedingung dieser Macht war die Einigkeit. Die beiden großen Parteien, die sich in der nationalen Verfassungsfrage feindlich gegenüberstehen, vertagten ihren Kampf und schlossen das Bündniß, das ihnen die Kraft verlieh, den Willen der gesammten Nation in die Wagschale der Entscheidung zu werfen. Der Ausspruch des Abgeordnetentags vom 21. Dezember, die Beschlüsse der Osterversammlungen, die Rechtsverwahrung der 1400 Landtags- und Bürgerschaftsmitglieder sind Zeugnisse einer Einmüthigkeit, wie sie in unserm zerrissenen Vaterland kaum noch ihres Gleichen gehabt hat. Ihr ist es gelungen, die deutschen Großmächte auf den Weg zu drängen, den sie widerwillig gegangen sind, und dem Ausland zu zeigen, daß es ein deutsches Volk gibt, dessen gerechte Forderungen zu mißachten gefährlich werden könnte.

Allein wir stehen noch nicht am Ziel, wir dürfen uns noch nicht eines gesicherten Erfolgs rühmen. Es wäre unverantwortlich, in diesem Augenblick das Bündniß der Parteien zu lockern, auf dem unsere Stärke beruht. Seine Aufrechthaltung ist leicht, wenn wir, ohne rechts und links zu blicken, unsere einzige Aufgabe, die Befreiung der Herzogthümer, unerschütterlich im Auge haben.

Die deutsche Verfassungsfrage gehört der Zukunft; für ihre Lösung, gleichviel in welcher Gestalt sie dem Einzelnen vorschwebt, gibt es keinen festern Grund, als einen ehrenvollen Ausgang des Kampfes um die Sache der Herzogthümer. Lassen wir die Bundesmächte auf diesem Schlachtfeld um die Gunst der öffentlichen Meinung wetteifern. Unterstützen wir keine von ihnen, wenn sie sich für ihren Antheil am Sieg einen Kaufpreis voraus bedingen will, dessen Gewährung die Mißgunst der übrigen erwecken, ihre Mitwirkung lähmen, und der feindseligen Einmischung des Auslandes zum willkommensten Vorwand dienen würde. Fürchten wir nicht, daß die preußische Regierung oder das preußische Volk — wenn solche Bedingungen wirklich gestellt und abgelehnt sind — sich um deßwillen der Sache der Herzogthümer entziehen werde. Die Regierung weiß, daß sie nicht zurücktreten kann, ohne an ihrer Machtstellung in Deutschland und Europa mehr einzubüßen, als sie durch die Zusagen des Herzogs jemals gewonnen hätte. Das Volk weiß, daß die höchste Achtung und der gewichtigste Einfluß demjenigen Staate gesichert ist, der mit der entschlossensten Energie seine Kraft für ein großes Interesse einsetzt.

Ersticken wir also den ausgebrochenen Streit im Entstehen; versagen wir unsern einheimischen und auswärtigen Feinden den Triumph, uns über Fragen der Zukunft entzweit zu sehen, während diese Aufgabe der Gegenwart unsere ganze Wachsamkeit, unser einmüthiges Zusammenwirken fordert. In London wird über die Theilung Schleswigs verhandelt; dort muß sich die Macht der öffentlichen Meinung nochmals bewähren. Keine Theilung wider den Willen des Volks, keine Auslieferung deutscher Städte an die Brutalität der dänischen Gewaltherrschaft, kein schmählicher Friedensschluß nach einem siegreichen Krieg: dies ist unser gemeinsames Losungswort!"

— Bredstedt, 11. Juni. (Fl. Nordd. Ztg.) Folgende hier in Umlauf gesetzten Resolutionen finden den besten Anklang:

1) Wir wollen, daß unser legitimer Herzog Friedrich VIII. die Herrschaft über die ungetheilten Herzogthümer Schleswig-Holstein ungeschmälert übernehme. 2) Wir erachten es jedoch mit dieser ungeschmälerten Herrschaft durchaus vereinbar, daß ein engerer Anschluß Schleswig-Holsteins an Preußen stattfinde, und glauben vielmehr, daß die Herzogthümer nur dadurch nach außen völlig sichergestellt sind, und zu einer gedeihlichen innern Entwicklung gelangen werden.

— Wie die „Patrie" erfährt, ist das konföderirte Kaperschiff „Alabama" am 11. Juni auf der Rhede von Cherbourg erschienen. Mit Erlaubniß der Marinebehörden hat die „Alabama" ungefähr 40 Gefangene, von Unionsschiffen herrührend, die auf offenem Meer zerstört worden sind, ans Land gesetzt. Sie hat schwere Beschädigungen erlitten, welche der Kommandant in Cherbourg ausbessern zu dürfen gebeten hat.

— Die telegraphische Verbindung zwischen Europa und Ostindien ist hergestellt. Wie der französische „Moniteur" aus Bagdad meldet, ist das unterseeische Kabel von Bassora an der Mündung des Schat el Arab (Euphrat und Tigris) nach Karratschi an der Mündung des Indus glücklich gelegt worden.

†† Entstehung des Mutterkorns. Nach Schlenzig's Beobachtungen, welche durch anderwärts, namentlich in Schlesien und Oesterreich, gemachte Erfahrungen bestätigt werden, entsteht diese Krankheit des Roggens durch den Biß eines 1/3 Zoll langen, hellbraunen Käfers, Rhagonycha melanura, welcher jedes Jahr im Juni zahlreich erscheint. Nach dem Verblühen des Roggens, wenn die Körner sich bilden und noch zart und weich sind, setzt er sich an den Aehren fest und saugt den milchigen Inhalt der Körner aus. An der verwundeten Stelle des Korns tritt dann eine etwas klebrige Flüssigkeit hervor, welche widrig riecht, später eintrocknet, verhärtet und als Deckelchen abfällt. Bald darauf schwellen die verwundeten Körner auf, sehen Anfangs blaß aus, nehmen dann eine gelbliche Farbe an, die immer dunkler wird, strecken sich auch in die Länge, und bilden allmälig so das Mutterkorn.

Schleswig-Holstein.

I. Siebzehnte Veröffentlichung des Kassenbestandes der freiwilligen, unbedingten patriotischen Gaben.

Einnahme. 25. Mai. Sendung vom Bezirksausschuß Schopfheim: Erlös der Flugblätter Nr. 3 13 fl., Erlös der Frankfurter Flugblätter 17 fl. 30 kr. Monatsbeiträge 141 fl. 30 kr., 172 fl.

1. Juni. Bezirksausschuß Sinsheim: Erlös für Flugblätter 9 fl. 20 kr., Beiträge der Ausschußmitglieder 10 fl. 30 kr., 19 fl. 50 kr.

4. Juni. Bezirksausschuß Neckarbischofsheim: für Flugblätter und Beiträge 40 fl.

8. Juni. Bezirksausschuß Heidelberg 348 fl. 56 kr.

10. Juni. Bezirksausschuß Bretten: Beiträge 71 fl. 6 1/2 kr., Erlös für Flugblätter 46 fl. 53 1/2 kr., 118 fl.

16. Juni. Bezirkskasse Karlsruhe: 18. Ablieferung, laut Tagblatt Nr. 163 15 fl. Bezirksausschuß Walldürn 20 fl., 35 fl.

Summe 733 fl. 46 kr.

Hiezu Einnahme laut unserer 16. Veröffentlichung vom 21. v. Mts. 84,787 fl. 18 kr. Gesammteinnahme bis heute 85,521 fl. 4 kr.

Ausgabe. 16. Juni. Sendung an den Zentralausschuß in Frankfurt, zur Disposition der herzoglichen Regierung von Schleswig-Holstein, 1000 fl. Hiezu Sendungen laut unserer letzten Veröffentlichung vom 21. v. M. 84,450 fl. Gesammtausgabe bis heute 85,450 fl.

II. Schleswig-holsteinische freiwillige Anleihe.
Zwölfte Uebersicht des Kassenbestandes.

Einnahme. 16. Juni. Laut unserer Veröffentlichung vom 29. März 12,000 Thlr.

Ausgabe. 31. Mai. Versendet wurden an Komitee Ettlingen 5 Thlr.

8. Juni. Versendet wurden an Bezirksausschuß Heidelberg 105 Thlr.

Summe 110 Thlr.,

welcher Betrag sofort an die koburg-gothaische Kreditgesellschaft in Koburg remittirt wurde.

Hiezu Ausgabe laut unserer 11. Veröffentlichung vom 29. März 4805 Thlr., Gesammtausgabe bis heute 4915 Thlr.

8. Juni. Retourgesandt wurden an koburg-gothaische Kreditgesellschaft in Koburg auf deren Verlangen, wegen Bedarfs dieser Scheine für Schleswig-Holstein, 7085 Thlr. Summe 12,000 Thlr.

Sollten weitere schleswig-holsteinische Schuldscheine von den Bezirksausschüssen noch gewünscht werden, so können dieselben immer wieder besorgt werden.

Sämmtliche badische Blätter werden um Aufnahme dieser Bekanntmachung ersucht.

Karlsruhe, 16. Juni 1864. Die Zentralkasse des bad. Landesausschusses für Schleswig-Holstein. Ed. Koelle.

Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

15. Juni.	Barometer.	Thermometer.	Wind.	Himmel.	Witterung.
Morgens 7 Uhr	27" 6,90'''	+15,0	S.W.	ganz bew.	trüb, mild
Mittags 2 „	„ 7,70'''	+16,5	„	„ „	„ „ windig
Nachts 9 „	„ 8,30'''	+12,0	„	„ „	„ kühl, NchtsR.

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Kroenlein.

Z.f.564. Rastatt. Allen unsern Bekannten und Verwandten bringen wir die traurige Nachricht, daß es dem Allmächtigen gefallen, unsere liebe Tochter Wilhelmina Scharf nach einem kurzen Leiden am 12. d., Abends um 10¼ Uhr, zu sich zu nehmen.

Für die liebevolle Begleitung zum Grabe danken wir herzlich und bitten um stille Theilnahme.

Rastatt, den 15. Juni 1864.

Die Hinterbliebenen:
Johann Scharf, Profos.
Sidona Scharf.

Z.f.563. Nr. 5815. Karlsruhe.

Bekanntmachung.

Das großh. bad. Eisenbahn-Lotterie-Anlehen zu 14 Millionen Gulden gegen 35-fl.-Loose vom Jahre 1845 betr.

Die 74. Gewinnziehung obigen Lotterie-Anlehens, an welcher diejenigen 1000 Loosnummern Theil nehmen, welche in der Serienziehung vom 31. Mai d. J. dazu bestimmt worden sind, wird

Donnerstag den 30. Juni 1864,
Nachmittags 3 Uhr,

im Ständehaus dahier unter Leitung einer großh. Kommission und in Gegenwart der Anlehensunternehmer öffentlich vorgenommen werden.

Karlsruhe, den 15. Juni 1864.

Großh. bad. Eisenbahn-Schuldentilgungs-Kasse.
Harrer.

Z.f.561. Karlsruhe.

Leihhauspfänder-Versteigerung.

Die auf die Woche vom 19. bis 26. Juni d. J. anberaumte Pfänderversteigerung kann eingetretener Hindernisse wegen erst in der Woche vom 10. bis 16. Juli d. J. stattfinden.

Karlsruhe, den 15. Juni 1864.

Leihhaus-Verwaltung.
L. Weeber.

Referendär. Z.f.567. Karlsruhe. Ein **Referendär** findet mit einem jährlichen Gehalte von 700 fl. bei dem Unterzeichneten **sofort** dauernde Beschäftigung.

Karlsruhe, den 15. Juni 1864.

Levinger, Advokat.

Mechaniker- und Dreher-Gesuch. Z.f.204. Frankfurt a. M. Tüchtige Mechaniker, besonders Kleinmechaniker, sowie Dreher werden in einer Fabrik Frankfurts gegen guten Lohn dauernd zu beschäftigen gesucht. Man adressire Zeil 26 im Laden.

Z.f.568. Straßburg.

Wisner, Zahnarzt des kaiserlichen Lyceums
in **Strasburg,**
Rue de la Mésange 2 Meisengasse,
ganz in der Nähe des Hôtel de Paris.

Einsetzung **künstlicher,** sowie dauerhafte und gründliche Heilung **krankhafter** Zähne. Anwendung der neuesten Systeme, die erfahrungsgemäß am raschesten zum Ziele führen. Jahrelange Praxis haben Herrn **Wisner** den ausgedehntesten Wirkungskreis in seinem Fache verschafft.

Z.f.579. Freiburg.

Zu verkaufen oder verpachten ist unter günstiger Bedingung ein sehr rentables

Mineralbad

durch **F. Schulz,** Rentmeister
(aus Wildbad) Nr. 855 in **Freiburg.**

Pforzheimer Cement,

bestens empfohlen von den Gr. verehrlichen technischen Behörden, ist stets in frischer guter Waare vorräthig in der Fabrik von Z.f.683.

Emil Belser in **Pforzheim.**

Z.f.138. Frankfurt a. M.

Am 1. Juli 1864

Ziehung des garantirten
Anlehens der Stadt Mailand
von 18 Millionen Francs.

Der Verkauf dieser Anlehensloose ist in allen Staaten gesetzlich erlaubt. Hauptgewinne des Anlehens: 25 Gewinne à 100,000 Frs., 10 à 80,000, 5 à 70,000, 5 à 60,000, 10 à 50,000, 5 à 45,000, 10 à 40,000, 10 à 10,000, 10 à 5000, 5 à 4000, 10 à 3000, 1655 à 1000, 10 à 600, 180 à 500, 290 à 400, 315 à 300, ferner kleine Gewinne von Frcs. 250, 200, 150, 100, 60, 50, 49, 48, 47, 46 ꝛc. ꝛc. — Jede Obligation muß mindestens 46 Frcs. erhalten.

Jährlich finden 4 Ziehungen statt, und zwar am **1. Jan., 1. April, 1. Juli, 1. Oktober.**

Original-Loose für alle Ziehungen werden zum billigsten Preise geliefert.

Ein Loos für die Ziehung am 1. Juli kostet **1 fl.**
12 Loose „ „ „ „ „ kosten **10 fl.**

Pläne und Ziehungslisten erhält Jedermann **gratis** und **franko.** Gefällige Aufträge bis zu den kleinsten Bestellungen werden gegen Baarsendung oder Postnachnahme pünktlichst ausgeführt.

Man wende sich in direkten Briefen an

Jean Schrimpf,
Banquier in Frankfurt a. M.

Z.f.565. Heilbronn.

Gasthof zu verkaufen.

In einer der größern Städte Württembergs, an der Eisenbahn, ist, besonderer Familienverhältnisse wegen, ein sehr gut eingerichteter und stark besuchter Gasthof ersten Rangs, unter sehr billigen Bedingungen, dem Verkauf ausgesetzt. Auf frankirte Anfragen ertheilt nähere Auskunft

Ludwig Merker.

Z.f.380.

Trappistine,

feinster Tafel-Liqueur,

aus dem Kloster Grace-Dieu bei Besançon (Doubs), in 1/1, 1/2, 1/3 Litter-Flaschen, grün erste, gelb zweite Qualität. Hauptniederlage für das Großherzogthum Baden, sowie Preiscourante und nähere Beschreibung der vortrefflichen Eigenschaften des Liqueurs.

Einzelne Flaschen werden auch verkauft bei Herrn **Max Levisohn,** Firma **Levisohn & Comp.,** Eck der Langenstraße und des Marktplatzes Nr. 135.

W. Frey,
Großh. Hof-Wein-Lieferant,
Steinstraße Nr. 15, Karlsruhe.

NB. Bei Abnahme von 12 Flaschen wird ein Rabatt von 10% von den Originalpreisen bewilligt.

Z.f.433. Mannheim.

The Gresham.

Englische Lebensversicherungs-Gesellschaft.

Genehmigt durch Parlamentsakte.

In **London** 37 old Jewry, in **Paris** 15 rue Drouot.

Bankiers der Gesellschaft:

In London: Die Bank von England,
„ Paris: Die Herren Gebrüder Rothschild,
„ Baden: Die Herren H. L. Hohenemser und Söhne in Mannheim.

Schließt Versicherungen ab auf den Todes- und Lebensfall und gemischt, Aussteuer- und Kinderversicherungen, Leibrenten.

Die Versicherten sind mit 80% am Nutzen betheiligt. Bei der letzten fünfjährigen Gewinnvertheilung im Jahr 1860 kamen 40,000 Pfund Sterling oder ungefähr 1 Million Franken zur Vertheilung.

Die nächste Gewinnvertheilung findet im Jahr 1865 statt. Der letzte Rechenschaftsbericht vom Jahr 1863 ergibt folgende Resultate:

Neue Anträge sind während dieses Jahres eingelaufen	4228	mit einem Kapital von Fr.	43,305,875. —
davon wurden angenommen	3508	„ „ „ „ „	36,424,515. —
zurückgewiesen wurden	720.		
Die Totalprämieneinnahme stieg in diesem Jahr auf		Fr.	3,759,727. 80.
Für Sterbfälle wurden ausbezahlt in diesem Jahr		„	1,388,341. 85.

Die am 31. Dezember 1863 verzinslich angelegten Fonds betrugen **mit Ausschluß des Aktienkapitals** und der für Leibrenten empfangenen Summen Fr. 9,366,775.

Die sämmtlichen Aktionäre der Gesellschaft haften mit ihrem ganzen Vermögen für die Verbindlichkeiten derselben.

Näheres bei den Agenten.

Die Hauptagentur:
Wilhelm Fecht.

Schon am 1. Juli 1864
findet die große Ziehung des
Kais. Kön. Oesterr. Eisenbahn- und Dampfschifffahrts-Anlehens

statt, welches in seiner Gesammtheit folgende Haupttreffer enthält:

fl. 250,000, 200,000, 150,000, 40,000, 30,000, 20,000, 15,000, 5,000, 4,000, 3,000, 2,500 ꝛc. bis abwärts **fl. 120** niedrigster Gewinn.

1 Loos-Certificat zur obigen Ziehung giltig ist durch unterzeichnete Staatseffekten-Handlung à fl. 3. pr. Stück — fl. 15. pr. 6 Stück — gegen Einsendung des Betrags oder Postvorschuß zu beziehen.

Gefällige Aufträge hierauf werden prompt ausgeführt und den Betheiligten die Ziehungslisten unentgeldlich zugesandt. Man beliebe sich daher baldigst zu wenden an

Adolf Beuschl
Z.f.509. in **Frankfurt a. M.**

Z.f.499. Stuttgart.

Pflanzen- ꝛc. Verkauf.

Auf dem Landhause des kürzlich gestorbenen Oberstkämmerherrn Generallieutenant ꝛc. Freiherrn von Spitzenberg Excellenz werden am

Samstag den 18. d. Mts.,
von Vormittags 9 Uhr an,

gegen baare Bezahlung im öffentlichen Aufstreich verkauft werden:

I. Pflanzen:

250 Stück Camellien in der Höhe von 2 bis 10 Fuß;
2 Camellien (Spaliere);
60 Stück indische Azaleen, 1 bis 4 Fuß hoch;
170 Stück Neuholländerpflanzen;
100 Stück Orchideen in Holzkästen;
50 Stück Saftpflanzen, meistens Cacteen;
2 Stück Agapanthus in Kübel;
2 Oleander in Kübeln und 5 dto. in großen Töpfen;
2 Orangenbäume in Kübeln u. 12 dto. in Töpfen;
20 Rhododendron, diverse Sorten;
verschiedene der schönsten Sorten Stanhopien, Maxillarien, Epidendron ꝛc.

Endlich eine größere Parthie sonstige Kalthauspflanzen und Schlinggewächse.

Sämmtliche Pflanzen sind in gesunden und schönen Exemplaren vorräthig.

II. Töpfe:

ca. 600 Stück 3 — 12zöllige Töpfe.

Stuttgart, den 11. Juni 1864.

Stadtgerichts-Notar
Bischoff.

Z.i.247. Freiburg.

Steigerungs-Ankündigung.

In Folge richterlicher Verfügung wird dem Alois Federer von Zähringen das nachbeschriebene, in dortiger Gemarkung gelegene Grundstück am

Montag den 4. Juli d. J.,
Vormittags 9 Uhr,

auf dem Rathhaus in Zähringen öffentlich zu Eigenthum versteigert und der Zuschlag ertheilt, wenn der Schätzungspreis oder mehr geboten wird.

Ungefähr ¾ Jauchert Matten auf der Vordermatte, neben Friedrich Strecker und Katharina Flamm, taxirt zu . . . . . 850 fl.

Hievon erhält der Schuldner Alois Federer, dessen Aufenthalt unbekannt ist, auf diesem Wege Nachricht.

Freiburg, den 2. Juni 1864.

Der Vollstreckungsbeamte:
Lautner, Notar.

Z.f.470. Baden-Baden.

Zu verkaufen das Haus Nr. 313 Lichtenthalerstraße in Baden-Baden.

Z.f.559. Bonndorf.

Wirthschafts- und Hofguts-Verkauf.

Adlerwirth Alois Welte's Wittwe und ihre sämmtliche volljährige Kinder von Bonndorf, Amts Ueberlingen, beabsichtigen am

Montag den 6. Juli d. J.,
von Morgens 10 Uhr anfangend,

in ihrer Behausung behufs Auflösung der Gemeinschaft ihre sämmtlichen Liegenschaften einer öffentlichen Steigerung auszusetzen, welche bestehen:

a) in einem zweistöckigen Wohn-, Wirthschafts- und Oekonomiegebäude unter einem Dach, mit darauf ruhendem Realwirthschaftsrecht **zum Adler,** einem Anbau, zum Betrieb einer Bierbrauerei sehr geeignet, mit Wasch-, Backhaus und Holzremise, ob dieser Lokalität Tanzsaal und Gastzimmer;
b) einer besonders stehenden Scheuer mit gewölbtem Keller, 2 Stallungen, Thennen und Schopf;
c) an Hofraum, Gärten, Ackerfeld, Wiese und Waldung 123 Morgen 81 Ruthen,

Alles auf der Gemarkung Bonndorf.

Zu dieser Versteigerung werden lustragende Käufer mit dem Beifügen eingeladen, daß die Gebäude vermöge ihres guten baulichen Standes, ihrer Räumlichkeit und zweckmäßigen Eintheilung wegen sowohl zum Wirthschafts- als Oekonomiebetrieb sehr geeignet sind, die Liegenschaften alle in der fruchtbarsten Lage der Ortsgemarkung sich befinden, überhaupt der hiesige Ort zu den fruchtbarsten der Seegegend gezählt wird.

Wegen seiner Lage in Mitte der Marktstätten Ueberlingen, Radolfzell und Stockach, von allen kaum 2 Stunden entfernt, ist zum Absatz aller landwirthschaftlichen Produkte sicherer und vortheilhafter Absatz geboten.

Gebäude und Liegenschaften lassen sich zum Betrieb mehrerer Geschäfte sehr zweckmäßig abtheilen, auch Parzellenverkäufe damit vornehmen.

Auf Verlangen kann auch ein vollständiges Wirthschaftsinventar damit erworben und ein Kauf unter der Hand abgeschlossen werden.

Die Steigerungsbedingungen können täglich dahier eingesehen werden.

Fremde Steigerer werden ersucht, legale Leumunds- und Vermögenszeugnisse beizubringen.

Bonndorf, den 12. Juni 1864.

Adlerwirth **Alois Welte** Wittwe.

Z.f.422. Offenburg.

Weinversteigerung.

Die Alex. Gottwaldischen Erben lassen folgende reingehaltene Weine in ihrer Behausung

Dienstag den 21. Juni d. J.,
Vormittags 10 Uhr,

öffentlich versteigern:

5800	Maas	1862er weißen Bergwein,
900	„	1862er Rothen,
3000	„	1863er weißen Wein,
2400	„	1863er weißen Bergwein,
3600	„	1863er Weißherbst,
1200	„	1863er Rothen.

Hierzu werden die Liebhaber freundlich eingeladen.

Offenburg, den 8. Juni 1864.

Jos. Pfitzmayer, Vormund.

Z.i.253. Buchen. (Oeffentliche Vorladung.) Martin Noe von Kleineicholzheim, gebürtig von Unterschefflenz, ist des Betrugs in Vertragsverhältnissen zum Nachtheil des Leopold Ellwanger von Hettingen, im Betrag von 1 fl. 45 kr., und des Pächters Johann Lichti vom Dörrhof, im Betrag von 2 fl. 32 kr., beschuldigt. Da der dermalige Aufenthaltsort des Noe nicht bekannt ist, so wird derselbe auf diesem Wege hiermit aufgefordert, sich innerhalb 14 Tagen zur Verantwortung über die angeschuldigten Vergehen dahier zu stellen, widrigenfalls das Erkenntniß lediglich nach dem Ergebnisse der Untersuchung erlassen würde.

Buchen, den 14. Juni 1864.

Großh. bad. Amtsgericht.
Staiger.

Nuß.

Z.i.262. Nr. 4682. Karlsruhe. (Aufforderung und Fahndung.) Melchior Petermann von Neudorf, des Diebstahls von 8 fl. 54 kr. unter erschwerenden Umständen angeschuldigt, hat sich der Untersuchung durch die Flucht entzogen. Derselbe wird aufgefordert, sich binnen 14 Tagen dahier zu stellen, widrigenfalls das Urtheil nach dem Ergebniß der Untersuchung gegeben werden wird; zugleich bitten wir, auf Petermann zu fahnden, und ihn im Falle des Betretens hierher einzuliefern. Karlsruhe, den 9. Juni 1864. Großh. bad. Landamtsgericht.

Nebenius.

Frankfurt, 15. Juni 1864. Staatspapiere.

		Per compt.			Per compt.
Oesterr.	5% Met. i. S. b. R.	— —	G.-Hess.	3½% Obligation.	93¾ P.
„	5% do. in holl. St.	— —	Nassau	5% Oblig. b. Rth.	102 G.
„	5% do. 1852 i. Lst.	80⅝ P.	„	4½% do.	102½ P.
„	5% do. 1859 „ „	78¾ bez.	„	4% do.	99¼ G.
„	5% Lomb. i. S. b. R.	91½ P.	„	3½% do.	92½ P.
„	5% Venet. C. b. R. 6/7	84¼ P.	Krhess.	4% Obl. Rthlr. à 105	99⅝ P.
„	5% Nat.-Anl. 1854	68 G.	Brschw	3½% O. b. R. à 105	92¼ G.
„	5% Met.-Obligat.	61⅜ G.	Lxbrg.	4% O. Fr. à 28 kr. b. E.	91½ P.
„	5% do. 1852 C. b. R.	61⅜ G.	„	4% do. à 105 kr. b. E.	89⅝ P.
„	4½% Met.-Oblig.	55 bez.	Frankf.	3½% Obligation.	96¾ P.
Preuß.	5% Oblig. b. Rth.	106 G.	„	3% do.	91¾ P.
„	4½% do.	100⅝ P.	Rußld.	5% Obl. in L. à fl. 12	86⅛ P.
„	4% do.	96 P.	Finnl.	4½% O. i. R. à 105	87¾ G.
„	3½% Staatssch.	90⅛ G.	Span.	3% inl. Schuld	— —
Bayern	4½% 1jährig	101¾ bG	„	2¼% Schuld	45 G.
„	4½% ½jährig	102⅜ P.	Belgien	4½% O. i. Fr. à 28 kr.	100⅛ P.
„	4% 1jährig	100⅛ P.	Italien	5% Rente Fr. à 28 kr.	68⅞ P.
„	4% ½jährig	100⅜ P.	Schwd.	4½% Obligation.	94¾ P.
„	4% Ablös.-Rente	100 P.	„	4½% Pfbf. b. B. & E.	94¾ P.
„	3½%	— —	Schwz.	4½% E. O. i. Fr. à 28	— —
Wrtbg.	4½% Obl. b. Rth.	105⅜ G.	„	4½% Bern. St.-O.	102 P.
„	4% do.	103¼ G.	„	4% do.	93¾ P.
„	3½% do.	95¼ G.	„	5% Gf. St.-O. Fr. 28	96¾ P.
Baden	4% Obligation.	100¼ P.	N-Am.	6% St. i. O. r. 1881	59⅜ P.
„	3½% do. v. 1842	92⅞ P.	„	6% do. r. 1882	57¼ b. G.
G.-Hess.	5% Obligation.	101⅝ G.	„	5% do. r. 1871	— —
„	4% do.	99¾ P.	„	5% do. r. 1874	— —

Diverse Aktien, Eisenbahn-Aktien und Prioritäten.

3%	Frankfurter Bank	139 G.	4%	Pfandbr. d. Frkf. Hyp.-B.	96⅛ P.
3%	Oesterr. Bank-Aktien	807 P.	3%	Oest. St.-Eisenb.-Prior.	50 G.
5%	„ Cred. A. i. O. W.	199½ G.	3%	Oest. Süd. St. u. Lom. EB.	51 P.
3%	Bayer. Bank à fl. 500	895 G.	5%	Tosc. Centr. Eisnb. Prior.	76⅜ P.
4%	Darmst. B.-A. à fl. 250	220 P.	5%	Elisabethbahn-Prior. 6/7	79⅝ P.
4%	Weimar. Bank-Aktien	93½ G.	5%	do. neueste Emiss. 6/7	73 G.
4%	Mitteld. Cr.-A. à 100 Th.	98 G.	5%	Böh. W.-B. P. i. S. b. R. 6/7	83 P.
4%	Luxemb. Bank-Aktien	105¾ P.	5%	Galz. Carl Ldwb.-Pr O. 6/7	84¼ P.
Span.	H. u. Ind. Fr. 500 à 28	— —	4½%	Hess. Ldwigsb.-Prior.	100⅝ G.
Taunusbahn	Akt. à fl. 250	315½ G.	5%	Oest. Lid. 1. Pr.-O. i. Silb.	79 P.
3½%	Frankf.-Han. Esnb.-A.	99 G.	5%	„ „ 2. „ „ „	— —
5%	Oesterr. Staats-Esnb.-A.	186 G.	4½%	Ldwh.-Berb. Pr.-Obl.	102½ G.
5%	Elisab. B. fl. 200 pr. St. 5/6	111½ bG	4%	„ „ „ „	98½ P.
5%	Böhm. Westb.-Akt. fl. 200	68⅜ P.	4½%	Rhein-Naheb. Pr.-O.	99¾ G.
Rhein-Nahe-Bahn		23 P.	5%	Ital. R. 20% Einz. Fr. à 28	— —
4%	Ldwh.-Berb. Eisenbahn	145⅝ G.	4%	Südd. Bnk.-A. 40% Einz.	245½ G.
4%	Neustadt-Dürkheimer	98¾ P.	Span.	Cr. b. Pereire 90% „	— —
4½%	Pf. Max-Esb.-A. b. R.	105¾ G.	4½%	Bayer. Ostb. 50% „	111⅞ P.
4½%	Bayer. Ostbahn-Aktien	112⅝ P.	3%	Deutsch. Phönix 20% „	153 G.
4%	Hess. Ludwigsbahn	124½ P.	Frkf.	Rückvers.-G. 10% „	106 P.
Friedr.-Wilh.-Nordb.-Aktien		— —	4%	Frkf. Provident. 20% „	91 P.
4½%	Frankf.-Han. Prior.-O.	— —	Frkf.	Hypothekenb. 25% „	— —

Anlehens-Loose.

Oest. 250 fl. b. R 1839	131½ G.
„ 250 fl. „ 1854	79 P.
„ 100 fl. Pr. L 1858	134¾ P.
„ 500 fl. v. 1860 6/7	84½ bG.
„ 100 fl. v. 1864	96¾ P.
3½% Preuß. Pr. A.	— —
Schwed. Rthlr. 10 L.	9⅜ P.
Bad. 50-fl.-Loose	112½ P.
„ 35-fl.-„	52⅜ P.
Kurh. 40 Thl. L. b. R.	55½ P.
Gr. Hess. 50 fl. L. b. R.	137¾ P.
„ 25 fl. „ „ „	37⅝ P.
Nass. 25-fl.-L. b. R.	36¾ bez.
Sard. 36-Fr.-L. b. B.	— —
Mail. 45-Fr.-L. b. R.	33½ P.
2½ Lütt. Pr. O. b. G.	35 P.
3% Bordeaux 100 Fr	86¾ P.
Ansb.-Gunzenh. L.	11⅛ G.

Wechsel-Kurse.

Amsterdam	k. S.	100½ B.
Antwerpen	„	94 G.
Augsb. 24 fl. 100	„	99⅞ G.
Berlin	„	105⅛ G.
Bremen	„	96⅝ B.
Brüssel	„	93⅞ G.
Cöln	„	105¼ B.
Hamburg	„	88⅞ B.
Leipzig	„	105 G.
London	„	119⅛ bz.
Mailand. i. Fr. 200	„	93⅞ G.
München	„	100 B.
Paris	„	94⅛ G.
„ 60 à 90 T.		— —
Wien	k. S.	102¼ B.
Disconto		3½% G.

Gold und Silber.

Pistolen	fl.	9 40½-41½
Preuß. Frd'or.	„	9 57 -58
Holl. fl. 10 St.	„	9 48½-49½
Rand-Ducat.	„	5 33½-34½
20-Frankenst.	„	9 25 -26
Engl. Sover.	„	11 50 -54
Russ. Imper.	„	9 41 -43
Gold pr. Zpfd.	„	803 -808
5-Frank.-Thl.	„	— —
Alte österr. 20r.	„	30 24 G.
Rand-20r.	„	30 12 G.
Hh. Silb. p. Zpfd.	„	52 6-36
Preuß. Cassisch.	„	1 45¼-45½
Doll. in Gold	„	2 27 -28

Druck und Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei.

(Mit einer Beilage.)